



NS-Liederbuch-Affäre: ÖVP-Unmut über blaues Krisenmanagement

Wien – Angesichts der Liedheft-Affäre rund um Niederösterreichs FPÖ-Spitzenkandidat Udo Landbauer, bis vor kurzem Vize-Vorsitzender der Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt, geht die ÖVP auf Distanz: Kanzler Sebastian Kurz verlangt „volle Härte des Gesetzes“, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka fordert Bürger auf, „Courage zu haben, solche Dinge rigoros“ anzuzeigen.

Zu dem Liedheft der Burschenschaft, in dem die NS-Zeit verharmlost wird, meint Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer, selbst in Koalition mit der FPÖ, zum STANDARD: „Unser Regierungspartner hätte anders reagiert – und längst die richtigen Schlüsse gezogen.“ ÖVP-EU-Delegationsleiter Othmar Karas sagt: „So etwas hat weder in der Politik noch im demokratischen Österreich seinen Platz. Null Toleranz!“

Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) sagt zu Landbauer, die Aufnahme von Ermittlungen als Rücktrittsgrund zu sehen, „wäre wahrscheinlich etwas vorschnell“. (red)

Seite 4, TV-Tagebuch Seite 30
Kolumne Seite 31, Kommentar Seite 32

Die jüngste blaue Causa bringt auch den Koalitionspartner unter Zugzwang

Schwarzes Leid mit braunen Liedern

Wegen der Liedheft-Affäre rund um Niederösterreichs blauen Spitzenkandidaten fühlt sich die ÖVP angepatzt – namhafte Bürgerliche gehen auf Distanz zum Krisenmanagement der FPÖ-Regierungshälfte.

BERICHT: Karin Riss, Nina Weissensteiner



Setzt auf „Jetzt erst recht!“, Niederösterreichs FPÖ-Frontmann Udo Landbauer, jetzt ruhender Germane.

Foto: APA / Georg Hochmuth

Wien – Die Affäre um das Germania-Liedheft rund um den niederösterreichischen blauen Spitzenkandidaten, Udo Landbauer, hat nun auch den Koalitionspartner ÖVP erfasst: Am Donnerstag reagierten mehrere Spitzenpolitiker auf den freihetlichen Umgang mit dem antisemitischen und die NS-Zeit verharmlosenden Gesangsbuch der Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt, deren Vizevorsitzender Landbauer bis vor kurzem war – wohl nicht zuletzt deswegen, weil Strache, Kickl und Co die Angelegenheit möglichst schnell vom Tisch wischen wollten.

Ausnahmsweise nicht auf Twitter, sondern per Aussendung forderte Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) die „volle Härte des Gesetzes“ ein. Auf STANDARD-Anfrage ließ Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), einst Innenminister, zur aktuellen Causa ausrichten: „Das sind schwerwiegende Vorwürfe, die restlos aufgedeckt werden müssen.“ Dazu forderte er die Bürger auf: „Ich kann nur jeden ermutigen, die Courage zu haben, solche Dinge rigoros zur Anzeige zu bringen. Wir haben ein eindeutiges Verbotsgesetz – und derartige Gedankengut hat bei uns keinen Platz!“

Kickls Kurzschluss

Die Aufforderung birgt also mehr Brisanz, nachdem Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) am Rande eines Treffens mit EU-Amtskollegen in Sofia seinen Parteifreund Landbauer zunächst in Schutz genommen hat: „Ich halte es, ehrlich gesagt, für ziemlich ausgeschlossen, dass es Ermittlungen gegen ihn gibt“, sagte Kickl dort – um später klarzustellen, er fühle sich missinterpretiert und habe sich damit nur auf seinen aktuellen Wissensstand bezogen.

Die SPÖ will in der Angelegenheit nun prompt den Nationalen Sicherheitsrat zusammenschließen – weil sie den Verdacht hegt, dass von der Regierung „diese Dinge nicht mit aller Härte verfolgt werden“.

Beschlagnahmte Bücher

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt wurden von der Polizei bei einer Hausdurchsuchung in der Bude der Germania zu Wiener Neustadt jedenfalls bereits 19 Liederbücher und zwei Ordner mit Unterlagen sichergestellt – die Burschenschaft selbst gibt an, einen Verantwortlichen für das 1997 gedruckte Liedheft identifiziert und suspendiert zu haben. Dieser soll am Freitag von der Exekutive einvernommen werden. Die Inhalte werden mittlerweile vom Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung geprüft – darunter findet sich etwa die Liedzeile „Da trat in ihre Mitte der Jude Ben Gurion: Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million“.

In Straßburg erklärte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Rande des Europarats: „Das ist nicht Österreich.“ Doch Niederösterreichs FPÖ-Frontmann Landbauer, der derartige Lieder nie gesungen haben will, setzt im Wahlkampfjargon auf die Parole „Jetzt erst recht!“.

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP), selbst in Koalition mit der FPÖ, findet jedenfalls: „Unser Regierungspartner hätte auf diese Causa anders reagiert – und längst die richtigen Schlüsse gezogen.“

Noch aufgebracht reagiert Othmar Karas, ÖVP-Delegationsleiter im Europäischen Parlament: „So ein Gedankengut ist widerwärtig und unerträglich“, sagt er –

und in Richtung Landbauer: „So etwas hat weder in der Politik noch im demokratischen Österreich seinen Platz. Null Toleranz!“

Einst hochrangige ÖVP-Politiker wie Heinrich Neisser, ehemaliger Zweiter Nationalratspräsident, sehen nicht nur in Burschenschaften wie der Germania ein Problem: „Da entwickeln sich Zentren des Radikalismus“, meint er, die Optik sei „verheerend“ – und Kanzler Kurz müsse sich „laufend distanzieren, aufklären, beschwichtigen“. Dass die ÖVP nicht stärker gegen solche Vorkommnisse auftritt, ist Neisser ein Rätsel: „Offensichtlich findet man sich damit ab, auch wenn man das nicht billigt.“

Ku-Klux-Klan lässt grüßen

Auch Ex-Vizekanzler Erhard Busek ist verärgert: „Das ist nicht nur ein internes Problem der FPÖ, das ist auch ein Problem der ÖVP. Das Problem ist, dass die FPÖ sich wesentlich auf solche Leute stützt.“ Mit dem Festhalten an Landbauer rücke man „sichtbar nach rechts“, so seien alle Kurskorrekturen von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache hinfällig.

In einem Brief wandten sich Inirektoren und -professoren an Kanzler Kurz: „Das ist ein Aufruf zum Massenmord“, heißt es da zum Germania-Liedgut, und: „Beenden Sie die Zusammenarbeit mit allen, die Mitglieder rechtsextremer Burschenschaften in ihren Büros beschäftigen.“

Wie es auf anderen Buden zugeht, zeigt auch ein Screenshot vom Gschnasfest der Germania Wien im Februar 2008: Damals verkleidete man sich offenbar als Ku-Klux-Klan-Mitglieder – im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes bestätigt man die Echtheit der Aufnahme.

Kommentar Seite 32

CHRONOLOGIE RECHTER „AUSRUTSCHER“

Vor der Nationalratswahl hat das Mauthausen-Komitee Österreich bereits eine Broschüre mit rund 60 „Einzelfällen“ über einschlägige Aktivitäten von FPÖ-Politikern veröffentlicht. Aber auch seit der Wahl hat nicht nur die Causa Germania für Schlagzeilen gesorgt. Ein Rückblick:

■ **Wunschzeichen „88“** Am 20. Jänner wird bekannt, dass ein Flachgauer FPÖ-Funktionär mit einem Wunschzeichen mit der Zahl „88“ unterwegs ist. Die Ziffernfolge gilt als Nazi-Code für „Heil Hitler“. Der Mann hat eine andere Erklärung: Er sei am 8. August mit seiner Frau zusammengelassen.

■ **„Konzentriert halten“** Innenminister Herbert Kickl erklärt am 11. Jänner, er wolle Grundversorgungscentren, um Asylwerber „entsprechend konzentriert an einem Ort zu halten“. Medien auf der ganzen Welt berichteten über die provokante Wortwahl. Kickl meint, er habe mit seiner Bemerkung keinesfalls auf Konzentrationslager angespielt.

■ **Rechtsrock** Ein FPÖ-Gemeinderat in Niederösterreich sorgt zum Jahreswechsel für Aufregung, da er auf Youtube ein

Lied einer Rechtsrock-Band gelikt hat. Der Politiker gibt an, die Band nicht zu kennen, offenbar sei das Passwort für seinen Account geknackt worden. Die Partei nimmt ihm das nicht ab, verweist auf frühere Probleme und schließt ihn aus.

■ **Hakenkreuzfoto** Am 30. Dezember 2017 berichtet die *Kronen Zeitung*, dass dem Welsler FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl ein Foto eines Mitarbeiters der Stadtwache zugespielt worden sei, auf dem dieser mit Hakenkreuzfahne zu sehen sei. Der Bedienstete wird fristlos gekündigt. Rabl betont, dass der Mitarbeiter kein FPÖ-Mitglied „ist“, später findet DER STANDARD heraus, dass er es über mehrere Jahre war.

■ **Hitlergruß-Pose** Andreas Bors gibt am 16. November 2017 bekannt, sein FPÖ-Mandat im Bundesrat doch nicht anzunehmen. Medien thematisierten ein drei Jahre zuvor von den *Bezirksblättern* veröffentlichtes Foto, auf dem Bors in Hitlergruß-Pose zu sehen ist. Er selbst meint, man habe nur Rapid-Lieder gesungen, er ziehe sich aber „aufgrund einer unhaltbaren Medienkampagne“ zurück. (red)

Holocaust-Gedenktag von freihetlichem Skandal überschattet

Wien – Die Empörung über den freihetlichen Spitzenkandidaten Udo Landbauer und seine Burschenschaft, in der NS-Lieder verherrlicht wurden, ist groß. Außerdem jährt sich am Samstag die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zum 73. Mal. Der 27. Jänner ist der internationale Holocaust-Gedenktag.

In Österreich fand am Donnerstag eine Veranstaltung im Palais Epstein statt – Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka lud Zeitzeugen zu einem Gespräch. Bundeskanzler Sebastian Kurz, Staatssekretärin Karoline Edtstadler (beide ÖVP) sowie Sozialministerin Beate Hartinger-Klein und Staatssekretär Hubert Fuchs nahmen teil. Auf STANDARD-Nachfrage, warum Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) bei dem offiziellen Termin nicht war, erklärte der Regierungssprecher, dass bei vergangenen Gedenken auch nicht alle Minister anwesend gewesen seien. Es sei eine Veranstaltung des Parlaments, nicht der Regierung. Die israelitische Kulturgemeinde hatte bereits in der Vorwoche erklärt, der Veranstaltung fernzubleiben. (mte)

PRESESTIMMEN

Aus Kommentaren internationaler Tageszeitungen zur Causa Landbauer:

Neue Zürcher Zeitung

Tatsache ist, dass im Zusammenhang mit deutschstämmigen Burschenschaften immer wieder rassistische, antisemitische und das NS-Regime verherrlichende Anspielungen publik werden.

(...) An rassistische Fehlurteile von FPÖ-Vertretern hat man sich leider gewöhnt.

(...) In der Verantwortung steht aber auch Bundeskanzler Sebastian Kurz. Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung hat er weit strammere Ideologien in die Regierung geholt als Wolfgang Schüssel im Jahr 2000 mit Jörg Haider's telegen Quereinsteigern.

(...) Im deutschen Fernsehen nannte Kurz vor einer Woche auf die Frage nach seiner „roten Linie“ bei freihetlichen Skandalen das Strafrecht. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Doch das geht nicht weit genug für den Regierungschef eines Landes mit

problematischer Vergangenheit, in dem der Antifaschismus ein identitätsstiftendes Merkmal ist und im Verfassungsrang steht. Was hinnehmbar ist, muss politisch beurteilt werden.

Süddeutsche Zeitung

Man habe „in der FPÖ eine Entwicklung hingelegt“, sagte Strache der *Süddeutschen Zeitung* im September 2017: „Wir trennen uns konsequent von Leuten, die rote Linien überschreiten, etwa wie beim Antisemitismus.“ Die Partei, deren erste beide Vorsitzende SS-Veteranen waren, wurde auf Regierungsfähigkeit getrimmt, als Feindbilder wurden Flüchtlinge, „Linke“ und vor allem der Islam benannt.

(...) Auch für Strache selbst ist die Sache brisant: Der Zahn-techniker ist ebenfalls Mitglied in einer pennalen Mittel-schulverbindung, der Vandalia aus Wien. Strache kam über seine Burschenschaft in die Neonazi-Szene, deren fester Bestandteil er über Jahre war. Dass Strache auch Landbauers Germania kennt, ist wahrscheinlich.